Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt Verantwortlich: Rudoff Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39 Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Manfred Reimann MdB, Ottmar Schreiner MdB, Horst Sielaff MdB und Albrecht Müller MdB zu den Beschlüssen der AG-Wirtschaft der CDU/CSU-Fraktion, die amtliche Arbeitslosenstatistik zu frisieren: Ignoranz soll salonfähig gemacht werden.

Seite 1

Horst Niggemeier Md8 zur Wirkung der Mittel-Kürzung für berufliche Qualifizierungsmaßnahmen im Kreis Recklinghausen: Ein Brief an Norbert Blüm.

Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB zu Äußerungen des Kabinetts-Sekretärs zur Rantenreform: Schäuble steht allein.

Selte 5

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB zum 60. Geburtstag von Alfred Emmerlich: Ein Name, der untrennbar mit der Reformpolitik verbunden ist. Seite 6 43, Jahrgang / 95

19: Mai 1988

Ignoranz soll salonfähig gemacht werden

Zu den Beschlüssen der AG-Wirtschaft der CDU/CSU-Fraktion, die amtliche Arbeitslosenstatistik zu frīsieren

Von Manfred Reimann MdB, Ottmar Schreiner MdB, Horst Sielaff MdB und Albrecht Müller MdB

Wir sind schockiert über den in der Geschichte der Bundesrepublik bisher einmaligen Versuch, die eigene Ignoranz gegenüber dem Problem der Massenarbeitslosigkeit salonfähig zu machen. Von den Verpflichtungen des Gesetzgebers aus dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz und dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes will man sich endgültig freisprechen.

Die geforderte "Verbesserung der Transparenz und Aussagekraft der Arbeitslosenstatistik" soll nach dem Willen der CDU-Wirtschaftspolitiker dadurch erreicht werden, daß Nichtleistungsempfänger, ältere und Langzeitarbeitslose, sowie Teilzeitarbeit-Suchende völlig aus der Statistik wegfallen. Das heißt, es sollen nur noch diejenigen Arbeitslosen zur Kenntnis genommen werden, die wirklich Geld kosten - sie werden denn auch im typischen Terroristendeutsch als "der harte Kern" (Wissmann in "ARD-Tagesthemen", 18. Mai 1988, 22.30 Uhr) bezeichnet.

Verlag, Redaktion und Druck: Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH Heussallee 2—10, Pressehaus (/217 5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag. Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl. zuzügl. Mwst und Versand.





Dreister hat sich in dieser Hinsicht nur noch der CDU-Mittelstandspolitiker Kolb geäußert, der vor einigen Tagen die Herausnahme von Arbeitslosen mit Nebenverdienst aus der Statistik gefordert hatte. Damit würde er genau diejenigen, die aus Eigeninitiative und zu härtesten Bedingungen ihren wenigstens teilweisen Verbleib auf dem Arbeitsmarkt erzwingen, bestrafen,

Es sei dem Urteil der seriösen Journalisten überlassen, wie mit einem so frühkapitalistischen ZahlenTorso Aussagen über die Beschäftigungsprobleme der Gegenwart und Zukunft möglich werden
sollen. Die Beschäftigungspolitik wird damit weit hinter Adam Riese zurückgeworfen. Die Bemühungen der letzten Jahre, wenigstens für besonders hart betroffene Problemgruppen auch unter konservativer Regierungsmacht so etwas wie Beschäftigungspolitik aufrechtzuerhalten, werden in ihrem
Kern getroffen: Ihnen soll künftig die Grundlage entzogen werden.

Die Schlacht um die 9. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes ist demit eröffnet. Man/frau darf gespannt sein, was das Haus Blüm unter diesem breit angelegten Feuerschutz ausbrütet, um das Fünf-Milliarden-Loch bei der Bundesanstalt für Arbeit zu stopfen. Die unsellge Vokabei vom "harten Kern der Arbeitslosen" (CDU-MdB Wissmann) wird dann vermutlich eine verheerende Bedeutung erhalten.

Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, nicht die betroffenen Arbeitslosen! (-/19.5.1988/rs/ks)

Ein Brief an Norbert Blüm

Zur Wirkung der Mittel-Kürzung für berufliche Qualifizierungsmaßnahmen im Kreis Recklinghausen

Von Horst Niggemeier MdB Vorsitzender der SPO-Kreistagsfraktion Recklinghausen

Bis Ende des Jahres wird bei der Bundesanstalt für Arbeit mit einem Defizit von 1.000 Millionen Mark gerechnet. Für 1989 erwarten Experten ein Defizit von 4.000 bis 5.000 Millionen Mark, Deshalb soll jetzt an allen Ecken und Enden "gespart" werden. Auf Kosten der Arbeitslosen. Dazu gehört auch das Herumkürzen an den beruflichen Qualifizierungsfehrgängen. Die der CDU nahestehende "Rheinische Post" in Düsseldorf warnt davor in einem Kommentar:

"Eine Leistungseinschränkung auf dem Gebiet der beruflichen Qualifizierung würde den notwendigen Anstrengungen zur Wiedereingliederung ehemals Arbeitsloser zuwiderlaufen. Diese Offensive ist, wie die Vermittlungsergebnisse zeigen, ein großer Erfolg. Bereits jetzt können die Arbeitsämter der steigenden Nachfrage nach derartigen beruflichen Fitneßprogrammen nicht in vollem Umfang gerecht werden."

Unter Bezugnahme auf Vorgänge im Kreis Recklinghausen habe ich den nachstehenden Brief an Bundesarbeitsminister Norbert Blüm gerichtet und darauf hingewiesen, daß sich die Kürzungen bei den beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen bundesweit negativ auswirken. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Minister Blüm!

Die auf Veranlessung Ihres Ministeriums bei der Bundesanstalt für Arbeit erfolgte Kürzung der Mittel für berufliche Qualifizierungsmaßnahmen hat im Kreis Recklinghausen (Arbeitslosenquote 14,2 Prozent) - aber auch bundesweit - zu erheblichen Verunsicherungen sowohl unter den an einer beruflichen Qualifizierung interessierten Arbeitslosen als auch unter dem Personal der bestehenden Aus- und Fortbildungseinrichtungen geführt.

inzwischen haben mir zwei hiesige große Fortbildungseinrichtungen - Gemeinschaftsausbildung Emscher-Lippe (Datteln) mit 1.000 Plätzen und die Gesellschaft für berufliche Bildung Kalka GmbH (Haltern) mit 400 Plätzen - mitgeteilt, daß durch die Reduzierung der Mittel für Qualifizierungslehrgänge in dem einen Fall erhebliche Aus- und Fortbildungskapazitäten kostenträchtig brachliegen und in dem anderen Fall gar die weitere Existenz der Einrichtung gefährdet ist.

Diese Situation, wie sie von den beiden Einrichtungen im Kreis Recklinghausen geschildert wird, trifft nach meinen Informationen auch auf andere Regionen in der Bundesrepublik zu und sollte von daher Ihre unverzügliche Reaktion herausfordern.

Eş kann nicht so sein, daß seit zwei Jahren die seinerzeit von der Bundesanstalt für Arbeit auf den Weg gebrachte Qualifizierungsoffensive als eines der Mittel zur Verminderung der Massenarbeitslosigkeit bezeichnet wird und jetzt trotz weiter andauernder hoher Arbeitslosigkeit einem Großteil der Arbeitslosen die Chance vorenthalten wird, über die Qualifizierung wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert zu werden.

Jetzt ist die Handlungsfähigkeit des zuständigen Bundesministers gefragt, damit es nicht zu einem bundesweiten Zusammenbruch der Aus- und Fortbildungseinrichtungen kommt. Das wäre ein für lange Zeit irreparabler Schaden zu Lasten aller Beteiligten.

Darüber hinaus möchte ich Sie darauf hinweisen, daß in der Öffentlichkeit des Kreises Recklinghausen sei für die Reduzierung der Lehrgangsmaßnahmen verantwortlich. So haben Betriebsrat und Geschäftsführung der "Gesellschaft für berufliche Bildung Kalka GmbH", Haltern, in diesen Tagen dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages verschiedene Stellungnahmen übersandt, in denen es zu dem Problem unter anderem heißt:

"...Es wäre ein Novum in der Geschichte des Kreises Recklinghausen, daß gerade das Arbeitsamt einen Betrieb stillegt..."

"...Einziger Grund für die Schließung unserer Ausbildungsstätte ist die in Recklinghausen betriebene finanzielle Mißwirtschaft. Wer nicht in der Lage ist, seinen Haushalt zu planen, kann nicht andere dafür sterben lassen..."

"...Mit den vom Arbeitsamt Recklinghausen bevorzugten Methoden der Bundesverwaltung läßt sich allerdings nicht einmal das Haushaltsgeld einer Kleinfamilie sinnvoll einteilen..."

Diese massive Kritik, wie sie von den Betroffenen gegenüber dem Arbeitsamt Recklinghausen geübt wird, scheint nach Lage der Dinge an den falschen Adressaten gerichtet zu sein. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn Sie durch eine entsprechende Erklärung die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Gründe des harten Schritts in die Qualifizierungsmaßnahmen informieren würden - es sei denn, auch Sie hätten Gründe, die beim Arbeitsamt Recklinghausen "bevorzugten Methoden der Budgetverwaltung" für in der Verantwortung dieser örtlichen Behörde liegend anzusehen.

Indem ich Ihren Maßnahmen zur Beseitigung der geschilderten mißlichen Umstände entgegensehe und gerne wieder von Ihnen höre, bin ich

mit freundlichen Grüßen Ihr gez. Horst Niggemeier

(-/19.5.1988/rs/ks)

Schäuble steht allein

Zu Äußerungen des Kabinetts-Sekretärs zur Rentenreform

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Staatsminister Schäuble, der gelegentlich weiter denkt als das Kabinett, dessen Sekretär er ist, hat Anfang des Jahres auf ein wichtiges Problem hingewiesen, als er erklärt hat:

"Unser System des Generationenvertrags in der Rentenversicherung beruht auf der Solidarität der jeweils nächsten Generation. Sie wird verletzt, wenn das Ehepaar ohne Kinder wegen doppelten Verdienstes - und damlt doppelter Beiträge - später doppelte Rente bezieht, die von den Kindern derjenigen gezahlt werden müssen, die wegen mehrerer Kinder nur einen Verdienst, einen Beitrag und deshalb im Vergleich später eine im Prinzip nur halb so hohe Rente haben werden:"

Seine Lösung:

"Wir müssen deshalb auch für die Zukunft das Familiensplitting für das Steuer- wie für das Rentensystem sorgfältig in die Überlegungen einbeziehen."

Und er hat gewarnt:

"Eines ist klar: Die Zeit drängt! Kinderlosigkeit als Lebensphilosophie stellt mit den Kindern und den Familien auch unsere Zukunft in Frage."

Ich teile die Auffassung von Wolfgang Schäuble.

Die Bundesregierung, die eine Steuerreform mit gegenteiligen Intentionen - siehe die gerade am 1. Januar 1988 in Kraft getretene Stufe - betreibt, teilt diese Auffassung offenbar nicht.

Denn anders ist es nicht erklärbar, daß dem zuständigen Arbeitsministerium in der Fragestunde des Bundestages keine Silbe zum Inhalt der Schäuble-Aussagen zu entlocken war. Die Bundesregierung hat nicht nur keine Meinung, sondern die Bildung einer solchen auch noch an eine Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen abgetreten, die das tut, was man immer tut, wenn man nicht handeln will oder nicht kann: Sie prüft, Und das kann dauern. Solange läßt sie Schäuble alleine stehen. Und damit auch ein dringendes Problem. (-/19.5.1988/rs/ks)

Alfred Emmerlich wurde 60

Sein Name ist untrennbar mit der Reformpolitik verbunden

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Mitglied des SPD-Präsidiums

"No sports" ist, und da unterscheidet sich Alfred Emmerlich von anderen großen Politikern wie zum Beispiel Churchill, sein Motto nicht. Vielleicht ist dies auch der Grund dafür, daß viele den Hinweis auf seinen 60. Geburtstag am 10. Mai für einen Druckfehler gehalten und höchstens auf den 50. getippt hätten. Aber nicht nur seine körperliche Beweglichkeit nötigt Respekt ab. Mit Schwung und Elan hat er sich auch Immer neuen politischen Aufgaben zugewendet.

Ohne seine, von allen Gegnern gefürchteten Netzattacken oder seine Traumpässe auf dem Fußballplatz schmälern zu wollen, soll deshalb hier vor allem von seinen großen Verdiensten für unsere Partei und Fraktion die Rede sein.

Die hervorragende Arbeit in seinem Wahlkreis Osnabrück, die dann auch dazu geführt hat, daß dort mit ihm 1972 erstmals ein SPD-Kandidat direkt gewählt wurde, muß dabei besonders hervorgehoben werden. Er hat diesen großen Erfolg immer als Auftrag aufgefaßt, dem er jetzt einen großen Teil seiner Kraft wichmet. Daneben ist sein Name untrennbar mit einem der großen Reformwerke der sozailliberalen Regierungszeit verknüpft - der Eherechtsreform. Diese gegen den massiven Widerstand des politischen Gegners, aber auch einer großen Zahl von scheidungs- aber nicht zahlungswilligen Männern durchzusetzen, bedurfte es schon eines konditionsstarken und ausdauernden Sportlers, aber auch eines klugen und durchsetzungsfähigen Politikers wie es Alfred Emmerlich ist. Diese Fähigkeiten halfen und helfen ihm auch in seinem beharrlichen Kampf gegen Leute vom Schlag eines Werner Mauss.

Damit sind selbstverständlich nur seine "Asse" beziehungsweise "Tore des Monats" herausgegriffen. Wir alle wissen, daß nur stetige und harte Arbeit diese Glanzlichter möglich gemacht hat.

Unser Empfang für Alfred Emmerlich sollte, wenn auch verspätet - aber bei wirklich wichtigen Ereignissen kommt die Politik ja immer zu spät - unsere Glückwünsche zum Ausdruck bringen. Ad multos.,.... (-/19.5.1988/rs/ks)